Die Verwaltung erläutert die Hintergründe zu dem geplanten Interessensbekundungsverfahren.

Die Fraktionen begrüßen die Maßnahme und sehen dies als wichtigen Schritt für die Attraktivität der Stadt Meckenheim für junge Familien.

Die UWG fragt, wer die Räumungs- und Abrissarbeiten der bestehenden Gebäude zahlen wird.

Die Verwaltung antwortet, dass dies in den Verhandlungen mit einkalkuliert werden soll.

Mit Blick auf die Bedarfsplanung fragt die BfM-Fraktion, ob zu dem überwiegend veranschlagten Bedarf an Ü3-Plätzen auch noch mehr U3-Plätze eingeplant werden und, ob die Betreuung durch Tagesmütter und -väter in den nächsten Jahren ausgeweitet wird. Zusätzlich möchte sie wissen, wieso die Kindertageseinrichtung (Kita) nicht städtisch betrieben werden soll.

Dadurch dass es in Meckenheim derzeit viele Tagespflegeplätze gibt und diese auch weiter ausgebaut werden, wird damit der überwiegende Bedarf der U3-Versorgung gewährleistet. Daher müssen aktuell mehr Ü3-Plätze geschaffen werden, erklärt die Verwaltung.

Die Qualifizierung von Tagesmüttern und -vätern wird weiter vorangetrieben. Der Betrieb der Kita in städtischer Hand ist durch die Verwaltung nicht mehr leistbar.

Auf Nachfrage aus der CDU-Fraktion erklärt die Verwaltung, dass das Verfahren mit einer 6-Wochen-Frist für die Abgabe von Angeboten schnellstmöglich gestartet werden soll. Außerdem geht sie auf die Kita in Erzdorf ein, für die aktuell geprüft wird, ob diese neugebaut oder saniert und erweitert werden soll.

Auf die Bedenken der FDP-Fraktion, dass die beiden Asylunterkünfte, die abgerissen werden sollen, wieder mehr Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge und Vertriebene verursachen, entgegnet die Verwaltung mit der Aussicht, dass das gesamte Gelände trotzdem noch genügend zusätzlichen Platz bietet und das Thema im Tagesordnungspunkt Ö7 behandelt wird.